

Anzeigenpreise: Die gespaltenen Millimeterzeile oder deren Raum 175.— Markt, Stellen- und Wohnungsangebote, Familienangehörigen, Vereins- und Versammlungsanzeigen 70.— Markt. Kleine Anzeigen per Wort 15.— Markt. — Reklamepreis: Die Millimeterzeile 4 gespalten oder deren Raum im Text 500.— Markt.

Schlesische

Abzugspreis: Durch Austräger Einzelnummer 250 Mt. 1200.— Mt. pro Woche. Durch die Post Differenzbetrag 1200.— Mt. pro Monat und Guthabestück des Differenzbetrages 1200.— Mt. pro Monat und Expedition Breslau, Trebnitzerstr. 60. Postfachkonto: Breslau Nr. 810 59. — Fernspr.: Breslau, Ring 8887

Arbeiter-Zeitung

Organ der Kommunistischen Partei Deutschlands, Bezirk Schlesien (Sektion der Kommunistischen Internationale)

Nummer 138.

Sonnabend, den 16. Juni 1923.

5. Jahrgang.

Der Abbruch des oberschlesischen Streiks

Disziplin bis zuletzt / Rüsten zu neuem Kampf!

Aufruf! Arbeiter Oberschlesiens!

Infolge des verräterischen Verhaltens der Gewerkschaftsführer und einzelner Betriebsräte wurde die geschlossene Kampffront der oberschlesischen Arbeiter gesprengt.

Die Zentralstreikleitung hat im Anschluß an die Betriebsräte-Vollversammlung zu der Lage Stellung genommen und gibt als Ergebnis folgende Parole aus:

Die Arbeit wird in allen Betrieben am Sonnabend, den 16. Juni, früh 6 Uhr geschlossen aufgenommen. Wir werden in einem Flugblatt über den Verlauf des Streikes noch berichten. In diesem Augenblick wollen wir besonders darauf hin, daß die Arbeiterschaft auch bei der Aufnahme der Arbeit dieselbe Disziplin bewahren muß, wie während des Kampfes, damit sie nachträglich keinen Prodigationen zum Opfer fällt. Die Zentralstreikleitung Oberschlesiens.

Die Sabotage der reformistischen Gewerkschaftsführer hat den Abbruch des Kampfes notwendig gemacht. Die Lage aber ist nach wie vor äußerst gespannt. Die Provokationen der Schupo mehrten sich. Weitere Verhaftungen sind erfolgt. Die Unternehmer beabsichtigen, die angeforderten Maßnahmen durchzuführen. Es sollen mindestens 2000 Arbeiter aus Pflaster geworfen werden. Heute wird eine neue Betriebsrätekonferenz in Beuthen stattfinden, die zum Streikabbruch Stellung nimmt.

Schupoprovokationen

Ostschlesien, 14. Juni

Trotz aller schönen Versprechungen des Polizeipräsidenten setzt die Schupo ihre Provokationen fort. Die Streikposten, die auf Wache ziehen wollten, wurden gegen 5 Uhr Morgens verhaftet. Die Polizeibeamten betrachten die Sparscheide, welche die Leute nach oberschlesischer Sitte mit sich führten, als lebensgefährliche Waffe. Der Zweck der Verhaftung lag gegen über klar auf der Hand. Es handelte sich lediglich darum, möglichst viel Streikbrecher unzugänglich in die Betriebe zu lassen. Kurz nach 1 Uhr wurden die Verhafteten wieder auf freien Fuß gesetzt.

Diese erneute Provokation setzte das Blut der Selbstschutzeleute erneut in Wallung. Die Stimmung unter ihnen ist aufs äußerste gereizt. Auf jeden Fall kann bei Wiederholung der Vorgänge für nichts mehr garantiert werden. Sollte dieser rein wirtschaftliche Streik also in das Politische übergehen, dann liegt die Schuld nicht bei der besonnenen Masse, sondern an dem provokatorischen Verhalten der Schupopolizei, und an den Maßnahmen des Polizeipräsidenten Beck, welcher der sogenannten SPD angehört. Roste und Höring machen Schule.

Neue Streiks

Die Arbeiter der Zellulosefabrik in Kattowitz haben die Arbeit niedergelegt. Sie verlangen einen 200prozentigen Lohnzuschlag ab 1. Juni sowie einmündige Entschädigungszahlungen. Bei der Firma Rosenbergs in Kattowitz ist die Arbeiterschaft ebenfalls in den Streik getreten.

Genosse Höllein in Deutschland

Genosse Höllein hat die Zentrale der KPD in Berlin in einem Telegramm benachrichtigt, daß er sich bereits auf deutschen Boden befindet und auf dem Wege nach Berlin ist. Er wird heute Morgen in Berlin eintreffen.

Kommunistischer Erfolg im Textilarbeiterverband

In der Ortsverwaltung Kattowitz des Textilarbeiterverbandes wurden bei der Neuwahl der Ortsverwaltung nur Kommunisten gewählt.

Sammelt für die streikenden Landarbeiter

Der Vorstand des Ortsausschusses des AOBV erläßt folgenden Aufruf:

Eine Streikwelle überflutet das Reich, besonders unsere Provinz. In heldenhaftem Kampfe stehen die Landarbeiter gegenüber einem starrköpfigen und übermütigen gewordenen Arbeitgeberum, verraten von den christlich-deutschen nationalen Landarbeitern. Anzulangliches Einkommen ist die Ursache dieser gigantischen Bewegung. Seit fast drei Wochen befinden sie sich im Streik. Bisher verzichteten sie auf jede Unterstützung durch den Verband. An Not gewöhnt, kommt es auf ein wenig mehr nicht an. Das Agrarierum will es bis zum Neujahr treiben. Sein Sieg muß verhindert werden. Schon versuchen größere Kreise der Industriearbeiter in Sympathiestreiks für die Landarbeiter zu treten. Dem kann nicht zugestimmt werden. Die allgemeine Not würde dadurch noch größer und Bergewissungsstaaten schließlich die Folge sein.

Die Landarbeiter zu unterstützen, ist unsere einzige Pflicht.

In verschiedenen Städten Schlesiens haben die Arbeitnehmer der Industrie bereits beschlossen, wöchentlich 3000 Mark für die männlichen und 2000 Mark für die weiblichen Mitglieder abzuführen. Ähnliches muß in Breslau möglich sein. Millionen sind notwendig, die weit über 100 000 unterstützungsberechtigten Streikenden zu unterstützen.

Wir fordern daher unsere Mitglieder auf, bei den Lohnzahlungen Sammlungen zu veranstalten und diese sofort gegen Quittung bei ihrer Gewerkschaft abzuführen.

Mitglieder, die Ihr noch ein volles Wohngelohn haben, zögert nicht, den Wert für ein Stück trockenes Brot in Höhe von einigen hundert Mark für die zu opfern, die sicherlich aus ihrem heutigen schweren Kampf die Lehre ziehen werden. Euch brüderlich zu unterstützen, wenn Ihr zum Streik gezwungen werdet.

Wir begrüßen es, daß endlich die „maßgebende“ Instanz sich dazu aufrafft, den Streik der Landarbeiter als einen Kampf der Gesamtarbeiterschaft anzuerkennen. Reichlich spät allerdings, nachdem erst die Arbeiterschaft vieler Orte Schlesiens praktisch die finanzielle Unterstützung durchgeführt haben, besinnt sich auch der AOBV darauf, daß es noch so etwas wie Solidarität gibt.

Aber auch jetzt kommt der AOBV nicht aus der Halbheit heraus, wozu ihn seine arbeitergemeinschaftliche Politik verurteilt. Mit allen Kräften versucht er, sich den Sympathiestreiks der Industriearbeiter entgegenzustellen. Freilich, dadurch würde das schöne Einvernehmen mit den Unternehmern gestört werden, und der Kampf der Landarbeiter, gegen den bereits jetzt mit allen Mitteln des politischen Terrors — denn nichts anderes bedeutet der Einsatz der technischen Notkräfte — vorgegangen wird, bekäme dadurch ein zu starkes Rückgrat.

Die Industriearbeiterschaft wird ihr Außerstes an finanzieller Unterstützung aufbringen müssen. Aber sie darf zu gleicher Zeit sich nicht durch die Anfechtung der Gewerkschaftsbürokratie davon abhalten lassen, Seite an Seite mit den Landarbeitern den Kampf aufzunehmen.

Den Reingewinn verflüssigen, 400 Prozent Dividende, aber keine Lohnerhöhungen

Die Arbeiter der Firma Carl Lindström A.-G. in Berlin sind, als sie eine Wirtschaftsbefehle forderten, und in passiver Resistenztraten, ausgesperrt worden; sie sind, da die Firma ungeheuerliche Bedingungen stellte, gestern unter Sanktion des Deutschen Metallarbeiterverbandes in den Streik getreten. Die Carl Lindström A.-G. in Berlin gibt gerade heute ihre Bilanz bekannt. Nach dieser Bilanz

ist der Brutto-Uberschuß von 42 auf 633 Millionen Mark gestiegen, der ausgewiesene Reingewinn nach großen Abschreibungen von 14 auf 222 Millionen Mark 400 Prozent Dividende werden verteilt. Im Geschäftsbericht wird mitgeteilt, daß die Fabrikationsstätten bis zur äußersten Grenze ausgenutzt wurden und daß trotzdem die Nachfrage nicht befriedigt werden konnte.

Die Stinnespresse bekräftigt den Landesverrat von Stinnes

Die „AZ“ gibt folgende Korrespondenzmeldung wieder:

„Die niederösterreichische Escompte-Gesellschaft in Wien schloß mit der Union Europäischer Industrieller et Financiers in Paris, bei der Schneider-Creuzot maßgebenden Einfluß besitzt eine Interessengemeinschaft zwecks gemeinschaftlicher Behandlung industrieller Geschäfte in Österreich und den Balkanstaaten. Die Union Europäischer Industrieller et Financiers ist ein großer Vorkurs der Aktien der Escompte-Gesellschaft und wird in deren Verwaltungsrat eintreten.“

Damit bekräftigt die „AZ“ des Herrn Stinnes den Landesverrat ihres Herrn und Meisters. Die Rattowitzer A.-G. und die Hismardhütte in Oberschlesien werden von der Stinnes-Rhein-Elbe-Schudert-Union (Stinneskongern) an die Alpine-Montan verschachtet, die Hälfte des Aktienkapitals der Alpine-Montan übernimmt ein Konsortium, in dem die niederösterreichische Escompte-Gesellschaft maßgebend ist. Die Hauptaktionäre der Alpine-Montan werden also jetzt sein: Stinnes, Sastigstom und Schneider-Creuzot.

Stinnes verschiebt deutschen Besitz in Oberschlesien an französisches Kapital; während unser Genosse Marggraf in Oberschlesien wegen „Landesverrat“ verhaftet wird, geschleift Herr Stinnes nichts.

Zu diesem Fall der Verschiebung deutschen Besitzes in Oberschlesien an französisches Kapital, der Verschiebung der Rhöniz-A.-G. der A.-G. für chemische Produkte, vorm. Scheidemannel kommt nun ein neuer Fall der

Verschiebung deutschen Besitzes an englisches Kapital

hinzu. Die Rheinischen Stahlwerke in Duisburg-Niederrhein, die ebenso wie die Rhöniz-A.-G. zum Otto-Wolff-Konzern gehören, haben eine Erhöhung des Kapitals von 160 Millionen Mark auf 360 Millionen Mark beschlossen. Es sei hervorgehoben, daß die Aktien von Rheinisch in den letzten Tagen ungeheuer gestiegen sind und zwar um über 1 Million Prozent. An der Börse ist allgemein bekannt, daß die Aktienmehrheit von Rheinisch an eine englische Finanzgruppe übergegangen ist. Noch bevor das Geschäft mit dem französischen Kapital perfekt geworden ist, beginnt der Verkauf des industriellen Deutschlands an fremde Kapitalgruppen.

Wir fragen die Reichsregierung: Siegt hier Landesverrat vor? Will sie gegen diesen Landesverrat vorgehen oder hat sie zu viel mit der Konstruktion von Landesverratsverfahren gegen die Kommunisten zu tun? Wir fragen ungeheure Verschiebung deutschen Besitzes, gegen Reichswirtschaftsminister ist, wir fragen den Finanzminister Dr. Hermes, was sie gegen diese ungeheure Verschiebung deutschen Besitzes, gegen diese Machinationen, die eine Verschiebung der volutarischen und Steuerinteressen darstellen, unternommen haben und zu unternehmen beabsichtigen?

Das „blühende“ Deutschland — Das „ruinierte“ Rußland

Die Zahlen des russischen Außenhandels. Wie die russische Telegraphenagentur mitteilt, betrug die Einfuhr der Sowjetrepublik vom Oktober 1922 bis März 1923 34 Millionen Rubel, die Ausfuhr 34 900 000 Rubel. Der Wert der Einfuhr übersteige den der Ausfuhr um 82 000 Goldrubel. Die Ausfuhr nach England und Deutschland entwickelte sich schneller als die Einfuhr aus diesen Ländern. Die englische Einfuhr sei im Jahre 1922 im Vergleich zum Jahre 1921 um 216 Prozent gestiegen, die Ausfuhr nach England sei auf das 3 1/2fache gestiegen. Die Einfuhr aus Deutschland sei um 38 Prozent, die Ausfuhr nach Deutschland auf das 13fache gestiegen.

Grade jetzt haben die vorstehenden Zahlen ein besonderes Interesse. Unzweifelhaft zeugen sie von einer Erstarrung der Wirtschaft in Rußland. Die Sozialdemokratie Deutschlands war das größte Hindernis für eine schnelle und ausgedehnte wirtschaftliche Zusammenarbeit mit Sowjetrußland. Hat gegen die Sowjets entschieden über wirtschaftliche Notwendigkeiten und Selbstbestimmtheitsprinzipien Deutschlands. Wenn wir Verbindung mit Sowjetrußland verlangten, dann hätte und spottete die Sozialdemokratie das Bankrotte, ruinierte Rußland kann uns nichts geben. Die obigen Zahlen lassen erkennen, daß trotz der von der Sozialdemokratie betriebenen Sabotage Rußland an Deutschland schon mehr gibt, als Deutschland an Rußland. Die Not in Deutschland hätte nicht so grausig werden können, wenn die Sozialdemokratie einen starken Anstoß an Rußland nicht planmäßig verhindert hätte.

Die Sozialdemokratie bestreitet ihre Hege gegen Sowjetrußland steht in der Hauptsache immer noch mit Hintertreibern auf die frühere gewaltige Hungersnot. Die Schuld für diese Not schiebt man dem Volkswortwieser in die Schuhe. Man weiß sehr gut, daß die Hungersnot hervorragend die Folge eines gewaltigen, jeder menschlichen Widerstandsmacht spottenden, Naturereignisses war. Aber, so lagen die Sozialdemokraten, unter der Herrschaft der Bolschewisten ist die Wirtschaft noch nicht wieder aufgebaut. Dagegen blühe sie in Deutschland. Die edlen Seelen vergessen dabei, ihren Gläubigern zu sagen, daß Sowjetrußland nach dem Jahr des Krieges noch vier Jahre lang von allen Mächten der Welt blockiert, von der Kontinentalrevolution der ganzen Welt in innere Kämpfe verstrickt wurde, daß räuberische Einfälle militärischer Banden eine ununterbrochene Kette bildeten, und daß die Kosten hierbei erheblich mitgewirkt haben. Von allen solchen Bedingungen ist Deutschland verschont geblieben. Trotzdem aber ist die Not des Proletariats in Deutschland noch viel größer als in Rußland. In Deutschland geht es dazu weiter bergab, in Rußland aber bergan. In Rußland lebt der Arbeiter heute besser, als der in Deutschland von den famosen Gewerkschaftsbürokraten mit der Arbeitergemeinschaft betreute Proletarier.

Als in Rußland zur Zeit der größten Not ein Paar Stiefel 20 000 Rubel kosteten, ein Mittagessen 8 bis 10 000 Rubel, da triumphierte die Sozialdemokratie Deutschlands. Das sei der Bankrott, das sei das Ergebnis bolschewistischer Wirtschaft. Das Beispiel sollte sprechen. Nun kosten in Deutschland Stiefel das drei- bis vierfache von dem damaligen Preise in Rußland. In ähnlicher Weise haben sich die Preise aller Waren in Deutschland entwickelt. Die Lebenshaltung in Deutschland ist heute viel teurer, als sie jemals im „bankrotten“ Rußland gewesen ist.

Die Sozialdemokratie tut es nicht, aber die Arbeiterschaft muß aus der Entwicklung der Dinge die Schlussfolgerung ziehen: die Arbeitergemeinschaft der Sozialdemokratie führt noch

wendbar in den vollständigen wirtschaftlichen Zusammenbruch hinein. Auch die deutsche Arbeiterschaft kann sich nur retten, wenn sie endlich nicht nur begreift, sondern auch zu dem Klassenwillen sich aufruft, in Kämpfen gegen das Kapital seine Existenz zu sichern und zum Zweck dieser Sicherung durch die Einheitsfront und mit der Arbeiterregierung die politische Macht an sich zu reißen.

Verforgung der Kriegsopter

Die Regierung hat sich genötigt gesehen, um die hungernden Kriegsopter zu beruhigen, wieder einmal eine Scheinreform der Versorgungsbedingungen vorzunehmen. Monatelang hat sich der Ausschuss mit dem neuen Reichsversorgungsgesetz beschäftigt. Das Plenum des Reichstags soll diesem Wert nun in der zweiten Lesung seinen Segen geben. Die Regierungsvorlage sieht einige kleine Verbesserungen vor, sie ist aber so stark mit Verschlechterungen belastet, daß jeder, der es ehrlich mit den Kriegsoptern meint, mit gutem Gewissen diesem Machtwort nicht zustimmen kann. Die Sozialdemokratie, die mit den bürgerlichen Parteien zusammen diese sogenannte Reform machen wollte, hat sich dann auch im letzten Augenblick eines anderen besonnen. Sie wird wohl für das Gesetz im ganzen stimmen, lehnt aber einige der größten Verschlechterungen ab. Der schlimmste Anschlag gegen die Kriegsopter besteht darin, daß alle diejenigen, die heute 20 Prozent erwerbsunfähig sind, künftighin ihrer Rente verlustig gehen sollen. Diese Frage sollte auch den Anlaß zur Schwendung der SPD. Ihr heutiger Redner, der ehemalige Unabhängige Karlsten wandte sich gegen die Abfindung der 20 Prozent Kriegsopter, ohne inbald die Konsequenzen zu ziehen, daß ganze Oasen abzulehnen.

Die bürgerlichen Redner Hoffmann (Str.), Budjuhn (Dn. Wt.), Greiter (Dt. Wt.), Ziegler (Dem.) und Weizler (Bahr. Wt.) fanden sich nicht nur mit der Vorlage ab, jeder fand einige gute Seiten an ihr. Jeder bekannte natürlich sein warmes Herz für die Kriegsopter.

Genosse Berthele

der für die kommunistische Fraktion sprach, erklärte von vornherein, daß die wenigen Verbesserungen, die die Vorlage bringe, viel zu teuer erkauft werden würde durch die bösen Verschlechterungen, die in die Vorlage hineingebracht wurden. Schon 1920 sei die Rente der Kriegsopter unzureichend gewesen. Man habe ihnen später einen Zuschlag von 25% gewährt, die Rente selbst aber in der ganzen Zeit trotz der außerordentlichen Geldentwertung in der damit verbundenen großen Zenerung nicht über 1922 betrug die Rente nur noch 5% der Lebenshaltungskosten. In anderen am Krieg beteiligten Ländern gehe die Entschädigung der Kriegsopter bis zu 155 Prozent der Lebenshaltungskosten hinauf. 1924 habe man den Grundhalt aufgestellt, daß die Rente dem Gehalt der ersten Beamtenstufe gleich sein sollte. Schon das wurde nicht eingehalten. Die jetzige Regierungsvorlage aber unternimmt direkt einen Rentenraub, indem sie die Rente nur auf 50 Prozent des untersten Beamtengehalts festsetzt.

Gen. Berthele wandte sich dann gegen die Ausdehnung der Rente auf die eine ganz ungerechte Klassifizierung der Rentempfänger bedeutet und eine Menge Verwaltungskosten verursacht, denn es kommen nur 10 Prozent der Rentempfänger für diese Zulage in Frage, wobei noch nicht einmal der Zweck, den die Regierung dabei im Auge habe, erreicht werde.

Weiter wandte sich Genosse Berthele sehr energisch gegen die geplante Abfindung der 20 Prozent Erwerbsunfähigen. Im Arbeitsministerium habe man sogar den Plan eingebracht, die bis zu 30 Prozent Erwerbsunfähigen auch noch abzuschließen. Die kommunistische Fraktion hat neben vielen anderen Verbesserungsanträgen auch beantragt, diese Abfindung zu streichen. Falls der Antrag abgelehnt wird, verlangt die kommunistische Fraktion als Mindestsumme 2 Millionen Mark, während die Regierung die Kriegsopter mit einem Betrag von 10 Millionen abzurufen gedenkt. Die weitere Kritik des Gen. Berthele bezieht sich auf die Staatseinkommen, die er auch für Kriegsopter fordert, und auf das Sterbegeld, das denen zu Unrecht gekürzt werden soll, deren Tod nicht infolge ihrer Kriegsschäden eingetreten ist. Schließlich hat die kommunistische Fraktion beantragt, den Kreis der Zulagenempfänger auszudehnen auf arbeitsfähige Witwen und alle Rentbesitzer, so daß nicht nur die Schwerbeschädigten diese Zulagen erhalten. In eingehenden Darlegungen begründete Genosse Berthele alle diese Anträge und schloß mit der Aufforderung, diesen Anträgen zuzustimmen, wenn nicht der von allen Parteien so hart betonte Dank des Vaterlandes zur kaiserlichen Phrasen werden soll.

Die Generaldebatte wurde beschlossen von dem deutschpolitischen Major a. P. Henning,

der die Gelegenheit benutzte, eine außerordentlich demagogische Rede zu halten, vermutlich in der Hoffnung, damit die Kriegsopter für die deutschpolitische Freiheitspartei einzufangen.

In der Spezialberatung, in der Gen. Maibaum noch einmal die beabsichtigte Abfindung der 20 Prozent Erwerbsunfähigen bekämpfte, wurden alle kommunistischen Anträge abgelehnt. Die SPD, die übrigens sehr schwach vertreten ist, stimmte nur für einige kommunistische Anträge. Herr Schöpflein, der ehemalige Revolutionsgouverneur von Berlin, der sich heute noch als besonderer Schutzherr der Reichswehr ausspielt, bleibt aber selbst, wenn seine Parteigenossen für die SPD-Anträge stimmen, sitzen und dokumentiert damit sein Mißgefühl mit den Kriegsoptern.

Wie die Wucherbekämpfung der Behörden ausfällt

Die sozialdemokratische Presse wußte sich in den letzten Tagen, ansetzend auf Grund einer vertraulichen Anweisung ihres Herrn und Meisters Severing, genötigt mehr zu lassen über die erfolgreiche Tätigkeit der Wucherpolizei und der Marktgerichte im Gegensatz zu den proletarischen Kontrollausschüssen. Wie von bürgerlicher Seite der „Kampf“ dieser Behörden aufgefacht wird, zeigt eine bemerkenswerte Abhandlung des Rechtsanwalts Dr. Thiele im Berliner Tageblatt vom 14. Juni. Danach hat das Preussische Landespolizeiamt in einer Verfügung vom 7. Februar 1923 an die Polizeiverwaltungen festgestellt, daß es zur Zeit eine normale Marktlage nicht gibt und daß infolgedessen ein ordnungsmäßiger Marktpreis nicht notiert werden kann. Das heißt, daß die Wucherer, sofern sie nur gemeinsam ihre gewinnbringende Tätigkeit des Preiseraufsetzens betreiben, von der Wucherpolizei nicht erfaßt werden dürfen. Denn der Preis entspricht dem Marktpreis, und eine normale Marktlage gibt es nicht, so daß ein Richtpreis zur Kontrolle nicht aufgestellt werden kann!

Die Reichsregierung geht noch weiter. Sie hat den Entwurf einer Notverordnung vorgelegt, in dem der Begriff des Wuchers, wenn dieser Wucher den allgemeinen Marktpreis bestimmt, überhaupt ausgeschlossen wird. Ein Wucherer ist nur der, der über diesen jeweiligen Marktpreis hinaus noch höhere Preise verlangt. Die ganze Notverordnung ist nichts als eine Unterstützung des Wuchers. Die Händler werden daraus die Konsequenzen ziehen und nicht mehr isoliert nach persönlichem Belieben, sondern in gemeinsamer Verständigung ihre Wucherpreise festsetzen. Sie folgen damit dem Beispiel der großen Syndikate, die selbst den Dollar in ihrer Preisgestaltung weit überholt haben.

Die tausend Fälle, die von den 43 000 Anzeigen wegen Wuchers von den preussischen Wuchergerichten bisher abgeurteilt worden sein sollen, bedeuten nichts anderes als eine Maßregelung der kleinen Wucherer, die sich aus Unkenntnis der Sachlage noch nicht in die allgemeine und weit rentabelere Form aller Wucherer eingereiht haben. Das Proletariat darf sich also nicht von den pompösen Versicherungen der sozialdemokratischen Presse irreführen lassen. Die einzige Gewähr, daß unterchiedslos die großen und die kleinen Wucherer gefaßt werden kann, sind und bleiben die proletarischen Kontrollausschüsse. Sie haben es auch in der Hand, die Behörden zu zwingen, in Einzelfällen einzugehen, und im Falle des Versagens dieser Stellen die proletarische Öffentlichkeit gegen den legalen und anerkannten Preiswucher zu mobilisieren.

Die Agrarier sind die Ersten! (mit dem neuen Preiswucher)

Zwischen der Horde und dem Berliner Preiswuchermarkt findet eine sehr enge Verbindung zu bestehen. Demgegenüber verteidigt sich das Getreide nicht in der gleichen Stunde, wenn nicht sogar schon vorher, mit dem Dollar. Vom 12. auf den 13. betrug die neue Preissteigerung durchschnittlich 15-20%. Es liegt pro Zentner in Mark:

	12. Juni	13. Juni
Weizen	155 000	166 000
Roggen	115 000	135 000
Hafer	95 000	108 000

Durch Beschluß des Reichstages sind außerdem mit Wirkung vom 14. Juni ab die Kohlenpreise um 20% erhöht worden. Eine gewaltige Zenerung auf allen Gebieten wird die Folge dieser wucherischen Maßnahmen sein.

Polnischer Vorstoß gegen Danzig

Der „Vorwärts“ von heute morgen bringt angeblich von gut informierter Stelle die Nachricht, daß der polnische General Poljowski nach Danzig abgereist sei. Im Zusammenhang mit der letzten scharfen Rede des Außenministers in Polen war er zu erwarten, daß Danzig vor einem ähnlichen Überfall wie jenseits der Weichsel geschützt ist. An anderer Stelle ist von solchen Plänen nichts bekannt.

Die Brotverbilligungstomödie

Im politikwirtschaftlichen Ausschuss der Reichstages, wo am 31. über die Verbilligung des Brotes für Minderbemittelte verhandelt wird, schlägt der deutschnationale Helfferich vor, entgegen selbst des ungedingenden Vorschlags des Reichsfinanzministers, anstatt des siebenfachen, nur den dreifachen Betrag der Zwangsanteile zu erheben. Dafür sollen die Einkommensteuerpflichtigen zur Aufbringung der Brotverbilligungsmittel herangezogen werden. Finanzminister Hermsen erklärt darauf:

„Unser Haus brennt! Nur durch schnelle Verabschiedung des vorliegenden Gesetzesentwurfes kann ein Zustand geschaffen werden, der innerpolitisch erträglich ist. Die Einkommensteuer würde viel zu wenig bringen. Sie wirkt überdies ungleichmäßig und ungerecht und ist schon eine außerordentliche Bedrohung der Sachwertbesitzer.“

Großgrundbesitzer sind unterstützungsbedürftig

Nach einer Berechnung der „Sächsischen Bauernzeitung“ (Landbundorgan) vom 14. d. 23 haben die buchführenden Landwirte, das sind durchweg solche, die mehr als 100 Hektar Land haben, etwa 8000 Mk. pro Hektar Reinertrag, der zur Steuer herangezogen werden kann. Bei 100 Hektar hat so ein armer Gutbesitzer also nur eine jährliche Einnahme von 800 000 Mk., was ungefähr 5 Zentner Weizen beim heutigen Preis entspricht. Wie gut haben es da doch die Landarbeiter, die 15 und 20 Zentner Getreide und teilweise noch mehr als Hauptnahrung bekommen! Da die Finanzämter die Angaben der Gutbesitzer glauben, beantragen wir Reiteren das Brot zu verbilligen!

Die Oldenburger Landtagswahlen

Der Wahlkampf in Oldenburg, der durch die Wahlen am 10. Juni seinen Abschluß gefunden hat, wurde von der kommunistischen Partei unter der Leitung geführt: Gegen die Koalitionsregierung — für die Arbeiter- und Kleinbauernregierung! Mit Entz und Genugtuung kann die Partei konstatieren, daß es ihr gelungen ist, mit diesen Kampfslogans an breite Massen heranzutreten. Sie konnte ihre Stimmenzahl gegenüber 1920 vergrößern. Die „stehende“ kommunistische Partei hat dadurch erneut bewiesen, daß sie, entgegen den sozialdemokratischen Märchen, sich in starkem Wachstum befindet.

Ein zweites Ergebnis noch kennzeichnet die oldenburgischen Wahlen: die weitgehende Zerlegung der SPD. und eine starke Abmilderung der von ihrer arbeitfeindlichen Politik Enttäuschten nach rechts.

Nach den bisher veröffentlichten Meldungen ergaben sich folgende Stimmen:

	1923	1920
Deutschnationale	13 485	2 772
Deutsche Volkspartei	42 440	40 422
Zentrum	39 069	38 495
Demokraten	36 790	27 115
SPD.	44 732	51 784
Unabhängige Partei	2 981	20 534
Kommunistische Partei	11 767	2 625

Dazu nun ausdrücklich bemerkt werden, daß die USPD. in Oldenburg fast geschlossen zur SPD. übergegangen ist. Für die Oldenburger SPD. wird dieser letzte Erfolg ein Ansporn sein, auf dem bisherigen Wege weiter zu arbeiten, um die durch die Sozialdemokratie der Arbeiterbewegung heute verloren gegangenen Massen wieder zu gewinnen.

Wer ist Schlageter?

Mit großem nationalitären Hallo ist der von den französischen Militärgerichten wegen Verübung von Sabotage ergriffene Schlageter ausgegraben und in seiner Heimat beigesetzt worden. Bei dieser Gelegenheit wird Schlageter dem deutschen Volke als Held und Heiliger von ebelter nationaler Bevölkerung angepriesen, der vorbildlich für die deutsche Jugend sein kann. In Wirklichkeit war Schlageter ein rationaler Abenteurer, der überall die Dummheit nahm, wo gut bezahlt wurde. Dieser Panzerkrieger hat den Krieg als Freiwilliger mitgemacht, ließ sich dann 1919 in die baltische Landeswehr einreihen und die Sowjetrepublik mit Feuer und Schwert erobern, ging dann in die obersteilsteigenen Freibeuterbanden, wo er gegen Polen kämpfte, und erbeutete schließlich einen „Wunderhafter“ in Sabotageakten ergriffen. Nach der Katastrophe der 6. Armee an dem 13. Schlageter ist anzunehmen, daß dieser Partisanenführer der französischen Organisationen im Ruhrgebiet geworben ist, die durch die Kapitulation von Metz und Unheil die Bevölkerung zu Unbesonnenheiten hinarbeiten suchte.

den Schlageter-Rummel macht nicht nur die ausgeprägte Faschistenpresse, sondern die gesamte bürgerliche Welt mit — ein Zeichen für die ersiehende nationale Verblüffung der deutschen Bourgeoisie. Ueber die zahllosen Vorkämpfer, die für die Freiheit der unterdrückten Klassen aller Länder gestritten und dafür ihr Leben gelassen haben, klagt kein Dieb der offiziellen Presse.

Rundgebung der Internationalen Arbeiterhilfe

Die Internationale Arbeiterhilfe und die SPD. hatten gestern anlässlich des gegenwärtig tagenden Weltkongresses der Internationalen Arbeiterhilfe in Berlin zu einer großen Rundgebung aufgerufen. Zahlreiche ausländische Genossen hielten Ansprachen. Es wurden zwei Resolutionen angenommen. In der einen wurde die feste Solidarität mit dem russischen Proletariat ausgesprochen, in einer anderen wird nach einem Gruß an die eingekerkerten belgischen Kommunisten der geschlossene Kampf in Gemeinschaft mit dem belgischen, französischen und deutschen Proletariat betont.

Max Hoels bleibt in Breston

Der „Vorwärts“ bedrängt Hoels und treibt die große Noth: Max Hoels, der seine Staats in der Stadt anstatt Breston verbrachte, hatte ein Verbot erteilt um Ueberführung in eine sächsische Staatsanstalt. Wie die sächsische Regierung mitteilt, hat die preussische Regierung im Einvernehmen mit der Reichsregierung dieses Verbot aus Sicherheitsgründen abgelehnt. In Breston bleibt Hoels.

Die Ueberführung des sächsischen Gefangenen Hoels nach Sachsen bedeutet eine neue Schlämmerung. Hoels hat offensichtlich keinen Verteidiger usw. Die Öffentlichkeit davon unterrichtet, daß sein Aufenthalt im Breslauer Zentralgefängnis in besonderes Martyrium bedeutet, das ihn langsam aber sicher zugrunde richtet. Die Klassenbewusste Arbeiterklasse Deutschlands muß ihren Kampf gegen die deutsche Reaktion verschärfen und lauter als bisher noch rufen: **Gesamt mit Max Hoels!**

Sozialdemokraten weisen Coerens aus

Der Freiheit Anhalt hat in seinem Vorkämpfer bekanntlich eine proletarische Mehrheit und man sollte annehmen, daß die Regierung wenigstens etwas auf diese Tatsache Rücksicht nimmt. Aber weit gefehlt, unter stillschweigender Duldung der sozialdemokratischen Führer bestimmt sie sich wie das kleine Hündchen Gans, das nach launischen Wünschen seines Herrn gehorcht, mit dem Schwerte wehelt. So hat sie schon einmal auf Wunsch der Reichsregierung die Grundbesitzer herabgesetzt. Nunmehr hat sie den russischen Gelehrten Coerens bei seinem Erscheinen in Anhalt ausgewiesen und zwar, wie der zuständige Minister im Landtag erklärte, auf Grund der Reichsregierung für Grundbesitzer unter dem Deckmantel von Komparten hat Coerens bereits in Preußen zum Hochverrat aufgefordert! — Kann man noch etwas größere Wurdlosigkeit entwickeln, als diese sozialdemokratischen Hündchen des Herrn Gans im anhaltischen Landtag?

Starke Erregung unter den Eisenbahnern

In den letzten Tagen fanden in fast allen Betrieben Berlins wie auch im Reich spontane Betriebsversammlungen statt. Es herrschte starke Erregung wegen der niedrigen Löhne, die die Eisenbahner erhalten. Auch zahlreiche Versammlungen der verschiedenen Eisenbahnerorganisationen befaßten sich mit der wirtschaftlichen Lage. In Berlin, Königsberg, Würzburg, Oldenburg usw. wurden in den Versammlungen des DGB. Entschlüsse angenommen, in denen die Eisenbahner erklärten, daß, wenn die Regierung ihren Forderungen nicht Rechnung trägt, sie dann gezwungen sind, den Kampf aufzunehmen. Die Eisenbahner fordern: die sofortige Auszahlung einer Wirtschaftshilfe als Ausgleich gegenüber den Preissteigerungen seit 15. Mai; Erhöhung der Gehälter und Löhne um mindestens 100 Prozent; Zurücknahme des Entlasses betreffend Massenentlassungen von Beamten und Arbeitern. Es ist geradezu ein Skandal, wenn die Regierung den hungernden Staatsarbeitern und Beamten erklärt, daß sie erst am 13. Juni über die Forderungen der Gewerkschaften verhandeln könne. Die Erregung der Eisenbahner muß der Regierung eine Warnung sein, sofort die Verhandlungen aufzunehmen und die von den Arbeitern und Beamten gestellten Forderungen vollinhaltlich zu bewilligen, da diese noch weit hinter der Forderung zurückbleiben. Die Eisenbahner sind gewillt, den hartnäckigen Standpunkt der Regierung zu brechen, und wenn es sein muß, mit einem einheitlich und geschlossen geführten Kampf die Durchsetzung ihrer Forderungen zu erringen.

Goldlöhne?

Der Dollar hat die 100.000-Mark-Dreieck erreicht. Durch das ganze Reich geht eine Welle der Lohnbewegungen. Die Arbeiter die seit Jahren am Hungertuch hängen, werden gezwungen, in unaufhörlichen, aufreibenden Kämpfen sich höhere Papierlöhne zu erringen. Doch in wenigen Tagen ist das Erreichte durch die Marktentwertung wieder zu Nichts zusammengefallen und der Abbau des Reallohnes macht weitere Fortschritte. Je heftiger sich die Lohnbewegungen folgen, je mehr Opfer fordern sie von den Arbeitern, je tiefer tritt sie die Wunde der Verelendung in den Körper des arbeitenden Volkes ein. Und wieder stürzen Tausende von Köpfen nach einem Mittel, diese „zwecklosen“ Lohnbewegungen zu vermeiden, wieder erheben sich zahllose Stimmen für eine automatische Anpassung der Löhne und Gehälter an die wachsende Deuierung.

In Solingen haben die Arbeiter ein Aktionsprogramm aufgestellt, in dem sie die Anpassung der Löhne nach einem von den Gewerkschaften ständig festzustellenden Deuierungsindex fordern. Nach dem letzten Aufruftrakt gab die „Union der Hand- und Kopsarbeiter“ die Forderung aus: Kampf um Goldlöhne! In einer Anzahl Fabriken wurde von den Arbeitern die Lohnzahlung nach der Dollarkurve gefordert. Wieder in anderen soll der Getreidepreis als Lohnmesser verwendet werden (Koggenpreislöhne). Während des oberösterreichischen Streiks tauchte die Forderung auf, den Bergarbeiterlohn immer auf ein Drittel des jeweiligen Kohlenpreises zu bestimmen. (Vor dem Krieg war der Anteil des Lohnes am Kohlenpreis 52 Prozent, am 1. Juni 1923 nur noch 9,5 Prozent.)

Alle diese Stimmen beweisen, daß die Arbeiter dem Papiergelddruck ein Ende machen wollen, daß sie aber noch nicht klar erkannt haben, welcher Weg zu diesem Ziele führt. Die Schuld daran tragen die reformistischen Gewerkschaftsführer. Der Kampf um die Kontrolle der Produktion und um die Arbeiterregierung ist von den reformistischen Führern der DGB und der Gewerkschaften abgelehnt worden. Während Kämpfen sie gegen die Initiative der Betriebsräte und gegen das Programm, das der Reichsbetriebsrätekongress im November 1922 aufstellte. Dieses Programm wurde aufgestellt unter dem Eindruck der katastrophalen Marktentwertung. Der Reichsbetriebsrätekongress wußte, daß die Regierung zum unfähig sein würde, die Entwertung der Mark aufzuhalten, weil sie als Beauftragte der Bourgeoisie den Staatshaushalt nicht durch Steuern der Besitzenden decken konnte und nicht durch Erschließung zu geben imstande war. Die reformistischen der Sachwerte der Währung den nötigen Halt führten gingen aber mit Guro, mit der Bourgeoisie, und halfen systematisch, die letzten Reste der Zwangswirtschaft zu beseitigen und dem Wucher freie Bahn zu schaffen.

Heute stehen wir vor einem neuen Zusammenbruch der Mark. Aber die reformistischen Führer erklären sich noch nicht bereit, an der proletarischen Einheitsfront mitzuwirken, damit der bankrotten und landesberäubenden Bourgeoisie, die ihrer Regierung jeden Kredit sperrt, die Mark wie die Pest flieht und dafür die Währung des „feindlichen Auslandes“ einräumt und diesem damit inslose Anleihen zur Verfügung stellt, das Fest aus den Händen gewunden und zum Zahlen gezwungen werden kann. Nein, die reformistischen Führer reden den Arbeitern vor, daß es durch ein Abkommen über „wechselfähige Löhne“ möglich wäre, die Arbeiter vor der Folgen der Marktentwertung zu schützen und durch automatische Erhöhung der Löhne die Lohnbewegungen einzuschränken.

Am nächsten Montag sollen tatsächlich im Reichs-Arbeitsministerium neue Besprechungen der gewerkschaftlichen Spitzenorganisationen der Staatsbediensteten mit den Reichsbehörden stattfinden, wo nach Berichten der bürgerlichen Presse eine Methode der automatischen Anpassung der Bezüge an die Deuierung vorgeschlagen werden soll.

Die Gewerkschaftsführer wissen selbst, daß diese Rezepte zu nichts führen können, wenn nicht Maßnahmen getroffen werden, ein weiteres Steigen der Preise zu verhindern. Haben sie doch selbst lange Zeit mit der schwächsten Parole der Markstabilisierung durch währungsschützende Mittel agitiert. Guro machte den Versuch. Er hat dabei auf Kosten des Wohlstands des Reichs eine Hundert großkapitalistisch-Österreichischer um 500 Millionen Goldmark bereichert. Wenn die reformistischen Gewerkschaftsführer

heute der Arbeiterschaft sagen, daß sich mit der Erläuterung der „Leitenden Parole“ weitere Lohnkämpfe und politische Aktionen erübrigen, so ist das ein schamloses Verbrechen an der gesamten arbeitenden Klasse.

Die kapitalistische Klasse wird in der Periode des Zusammenbruchs des kapitalistischen Systems nie aufhören mit dem Versuch, den Reallohn der Arbeitenden mit allen Mitteln zu drücken. Eine jede Festsetzung des Lohnes nach einem Index kann nur in gewissen Zwischenräumen erfolgen, inzwischen wird der Wucher und der Mechanismus der Deuierung um so wahrstimmiger rasen.

Innerhalb der frankten deutschen kapitalistischen Wirtschaft ist es gar nicht möglich, einen einheitlichen Wertmesser für die Löhne und die Preise zu finden. Die Schwankungen der Preise für die Waren auf dem inneren Markt und die Schwankungen des Dollarkurs bringen oft die grotesksten Resultate. Daß der jeweilige Getreide- oder Kohlenpreis ein ebenso unzuverlässiger Maßstab ist, wird jeder Arbeiter begreifen. Solange es nicht gelingt, die Inlandspreise zu den Weltmarktpreisen in ein festes Verhältnis zu bringen, ist es gar nicht möglich, die Löhne nach einer gleitenden Skala zu stabilisieren.

Hier aber fangen erst die Schwierigkeiten an. Damit das kapitalistische Deutschland auf dem Weltmarkt die Konkurrenz mit den anderen kapitalistischen Staaten bestehen kann, muß seine Produktion so hoch sein, daß ihr Ergebnis nicht nur den gesamten Inlandsbedarf deckt, sie muß auch noch einen solchen Unternehmerprofit gewährleisten, der diesen eine ständige Erweiterung der Produktion ermöglicht. Deutschland um so viel höher sein, als diese Reparationsausgaben. Seine Produktion muß also noch um so vieles höher sein, als diese Reparationslasten ausmachen. Mit anderen Worten: Soll das kapitalistische Deutschland bestehen bleiben, dann können die deutschen Arbeiter keinen Weltdurchschnittslohn erhalten.

Gegenwärtig wird aber in Deutschland nicht einmal so viel produziert, als der Friedensbedarf der Bevölkerung ausmacht, geschweige denn das Ueberprodukt hergestellt wird, das zur Zahlung der Reparationen notwendig ist. Will unter solchen Umständen der deutsche Kapitalismus bestehen und Gewinne machen, dann muß er den Lohn der Arbeiter ständig nach unten drücken. Der deutsche Arbeiter wird also gezwungen, zu arbeiten erst für die Kriegsreparationen, dann für die Ernährung einer breiten Parasitenschicht und für einen hohen Unternehmergewinn, was übrig bleibt, ist für seinen eigenen Bedarf.

Diese kapitalistischen Tendenzen führen aber zur Vernichtung der Lebens- und Arbeitskraft der arbeitenden Massen Deutschlands. Im Selbsterhaltungsinteresse muß daher die Arbeiterschaft der Bourgeoisie geschlossen entgegen treten und ihr als Macht gegen die verlorenen Positionen wieder abrufen. Der Unternehmerprofit muß beschnitten werden, die Wuchergewinne müssen aufhören, in das System der Produktion muß, gemäß dem Interesse der Arbeiterklasse, Plan und Ordnung gebracht werden. Gewiß kann die Arbeiterklasse keine Stunde den Kampf um einen menschenwürdigen Lohn, um das Existenzminimum aussetzen. Der Reallohn der Vorkriegszeit ist das nächste Ziel! Will die Arbeiterklasse aber nicht durch eine fata Morgana getäuscht und endgültig zu Boden geschlagen werden, so darf sie nicht denen Gehör schenken, die ihr heute einreden, mit dem Mittel der „Goldlohnrechnung“ oder der „Leitenden Skala“ werde alle Not ein Ende haben. Der Kampf um Anpassung der Löhne an die Deuierung muß trotz aller Opfer weitergehen, der eiserne Druck auf die Bourgeoisie im politischen Kampf darf nicht um ein Atom nachlassen, er muß sich im Gegenteil gerade jetzt verstärken, denn nur wenn die Arbeiterklasse die Regierung stellt, können die Voraussetzungen für einen stabilen Lohn geschaffen werden.

Einen anderen Weg gibt es nicht. Die Bourgeoisie zählt und rechnet wohl heute bereits in ausländischen Devisen. Das bedeutet, daß sie sich freiwillig unter die Finanzherrschaft der ausländischen kapitalistischen Staaten stellt. Im Saargebiet hat sie bewußt auch die Arbeiterklasse mitgezogen und das Gebiet heftig vom Reich getrennt. Auf diesem landesverräterischen Weg kann ihr die Gesamtarbeiterschaft Deutschlands im eigenen Interesse nicht folgen.

Das Verlangen nach Zahlung der Löhne in ausländischen Devisen würde, selbst wenn

es möglich wäre, diesen Wunsch zu erfüllen, die Erlebzigung der deutschen Währung bedeuten, gleichzeitig das Ende der Selbstständigkeit Deutschlands. Als Kolonie würde es an den Kapitalträglern verschachtet werden. Die Arbeiterschaft hat dabei nichts zu gewinnen.

Die Bourgeoisie zählt und rechnet in ausländischer Währung. Sie treibt bewußt zum Staatsbankrott, um deren Staatsbetriebe einrammen zu können. Sie wird keine wertbeständige deutsche Währung mehr schaffen und wird die Lohnzahlung in Papiermark oder die Weiterzahlung des Reallohnes, wie im Saargebiet, eventuell mit Hilfe fremder Dajonnetts weiter durchsetzen. Sie wird als Sklavenvogt der Entente die arbeitenden Massen Deutschlands zu Tode peitschen, wenn die Arbeiterschaft nicht die Kraft aufbringt, sie niederzuringen und den Weg zu beschreiten, den das Programm des Reichsbetriebsrätekongresses vorgezeichnet hat.

Freie Bahn für Auspöterung

Die Marktentwertung hat weite Kreise der Später vollständig ausgepötert. Die Hypothekengläubiger und Obligationäre können von ihren Zinsen, die ihnen früher vielleicht ein sehr luxuriöses Leben gestatteten, jetzt nicht die Kosten einer Tagesmahlzeit bezahlen. Diese Kreise geben nun das beste Rekrutierungsgebiet für den Faschismus ab. Finanziell gesäubert wird der Faschismus von der Schwerindustrie und von den Agrarkapitalisten. Die Geldgeber des Faschismus, zu denen natürlich auch Franzosen gehören, bemühen den Nationalismus als ein Mittel, um die Faschisten vor allem gegen das revolutionäre Proletariat aufzupuffen. Man benutzt die Faschisten auch, um Arbeiter zu morden. Das Proletariat hat bereits genügend Beweise dafür. In Deutschland werden den Faschisten die Franzosen und Kommunisten als die Urheber ihrer Verarmung und Auspöterung denunziert. In Wirklichkeit sind sie ganz planmäßig und bewußt von ihren jegigen Geldgebern ausgeplündert worden. Und diese Geldgeber verlangen ganz kategorisch, daß ihre Auspöterungsmethode nicht gehemmt werde. Die Großagrarier und Schwerindustriellen haben bereits ungeheure Beträge, die sie in Gold-

wert aufgenommen hatten, in entwerteter Mark zurückgezahlt. In den letzten Wochen sind Milliardenbeträge an Obligationen gekündigt worden. Die Geldgeber von ehemals bekommen nun wertloses Papier. Dagegen protestieren sie. Die Entwertung der Mark soll nach ihren Wünschen bei der Rückzahlung von Geldeibern berücksichtigt werden. Zunächst wird ein Sperrgesetz verlangt. Dagegen wehrt sich die blündernde Großindustrie. Nun hat das Oberlandesgericht Darmstadt ein Urteil gefällt, wonach die Rückzahlung von Hypotheken in Papiermark unzulässig sein soll. Dagegen nur tritt die „Deutsche Bergwerks-Zeitung“ als Vertreterin großkapitalistischer Interessen auf. Das Blatt verlangt, daß nach wie vor die Großverdiener, die mit dem Gelde wuchern, ganz unbeschränkt die in Goldmark aufgenommenen Leihbeträge mit wertlosem Papier zurückzahlen können. Der Verfasser des Artikels (Nr. 131 der „Deutschen Bergwerks-Zeitung“) bringt es sogar noch fertig, die Hypothekengläubiger und Obligationäre zu verhöhnen, w dem er bemerkt, daß die Gläubiger, wenn sie jetzt ihre Guthaben in Papiermark zurückbekämen, sogar noch im Vorteil seien, denn später würde die Mark noch mehr entwertet.

Die Kleinbürger, die Klein- und Mittelrentner, all die Leute, die um ihren ehemaligen Besitz geprellt worden sind, können sich für die Auspöterung tatsächlich bei den Agrar- und Industrielkapitalisten bedanken. Der Vorgang beweist ihnen auch, daß die Schwerkapitalisten mit dem bisherigen Raub noch nicht zufrieden sind, daß sie vielmehr auch für die Zukunft noch volle Raubfreiheit fordern.

Das jegige Raubrittertum ist viel schlimmer und gefährlicher, viel großzügiger, viel brutaler als der feudale Wegelagerer, der höchstens den reichen Kaufmann ausplünderte. Die Wegelagerer waren dabei ehrliche Banditen; die jegigen Raubritter sind raffinierte Jäger in Glacehandschuhen und Lackschuhen; hinter der Firma „national. Ordnung, Sicherheit“ verbergen sie das ausverkauft System der Plünderung des ganzen Volkes.

Dies System wird gedeckt von allen Reaktionsparteien, eingeschlossen die Sozialdemokratie, die sich der lebendwichtigen Unterstützung durch den DGB erfreut.

Betrieb - Gewerkschaft

Für die Einheit

Resolution zur Referendafrage im NAB, Holland

Nach Entgegennahme des Ergebnisses vom Referendum im NAB, wonach die Anhänger der RÖB die Mehrheit erzielten, entfand das Vollzugsbüro der RÖB im Namen der revolutionären Verbände aller Länder brüderliche Grüße an die Proletarier Hollands, die die richtige Linie gewählt haben.

In Rücksicht auf die Tatsache, daß ein großer Teil der Mitglieder des NAB an der Abstimmung über die Frage: „Berlin oder Moskau“ gar nicht teilgenommen hat, daß die Aufhebung einer großen Minderheit für den Berliner Anschluß war und die deshalb die Organisation zu spalten bereit ist, erklären wir folgendes:

Für die RÖB ist die Einheit der Organisation wichtiger als der formale Anschluß. Deshalb schlägt das Vollzugsbüro seinen Anhängern in Holland vor, den organisierten Anschluß an die RÖB zu verschieben, bis innerhalb des NAB eine mehr einheitliche Arbeit möglich wird. Den Anhängern der RÖB wird empfohlen, alle Energie auf die Erobierung der Massen, die Verstärkung des Einflusses ihrer Organisation und die Revolutionierung der Mitglieder der reformistischen Verbände herbeizuführen, anstatt innerhalb der Organisation einen Kampf um die Frage: „Moskau oder Berlin“ zu führen.

Moskau, den 5. Juni 1923.

Das Vollzugsbüro der RÖB

Fordert überall die internationale Einheitsfront

In Solingen nahmen die Metallarbeiter-Funktionäre zur politischen und wirtschaftlichen Lage Stellung. In einer Entschiedenheit begrüßten sie das Vorgehen der Kreuzarbeiter-Internationalen und fordern vom Hauptvorstand des DMB ein ähnliches Vorgehen der Metallarbeiter-Internationalen. In einer weiteren Entschiedenheit wird gegen die fortgesetzte Beschlagnahme der kommunistischen Zeitung protestiert. Einstimmig wurde beschlossen, sich am 1. Juli an dem ersten württembergischen Arbeiteritag zu beteiligen.

Der Streik der Holzarbeiter, Zimmerleute und Tapezierer in Basel

Bereits schon früher wurden die Leser der deutschen Arbeiterblätter vom Streik der Holzarbeiter und Zimmerleute in Basel unterrichtet. Wir machen die Berufskollegen in Deutschland erneut darauf aufmerksam.

Seit Dienstag, den 22. Mai, stehen sämtliche Holzarbeiter und Zimmerleute, d. h. sämtliche im Holzbearbeitungsberuf tätigen Arbeiter, im Streik. Der Kampf geht um bessere Arbeitsbedingungen und ist ein außerordentlich schwieriger.

Wir warnen deshalb alle unsere Berufskollegen aus dem Ausland vor dem Zug nach Basel. Da auch die Tapezierer, soweit sie in den Möbelgeschäften beschäftigt sind, am Streik beteiligt sind, sollen auch die Tapezierer von Basel fernbleiben. Wir rechnen auf die Solidarität unserer Berufskollegen im Ausland. Zu jeder weiteren Auskunft ist die Streikleitung bereit.

Die Streikleitung der Baseler Holzarbeiter, Zimmerleute und Tapezierer.

Basel, Burgvogtei (Holzarbeiter-Bezirk).

Ein laaberer Gewerkschaftsführer

In einer Mitgliederversammlung des DMB, Waldenburg wurde folgende Resolution angenommen:

„Die heute, am 13. Juni 1923, in der Herberge zur Heimat tagende Metallarbeiterversammlung der Zahlstelle Waldenburg-Altmasser erhebt einstimmig schärfsten Protest gegen das freibehaltene und herabwürdigungstreibende Streben des ersten Bevollmächtigten Willy Daffler. Zwecklos wäre es, die lange Kette des Sündenregisters hier aufzuzählen. Als Massenbeschütze Arbeiter verlangen wir vom Hauptvorstand des DMB, dafür Sorge zu tragen, daß unsere Organisation eine geschlossene Kampforganisation bleibt. Wird hier nicht mit eiserner Faust zugegriffen, so besteht die Gefahr, daß die Zahlstelle Waldenburg-Altmasser zerfliegen wird. Dieses darf unter keinen Umständen geschehen. Darum verlangen wir sofortige Vernehmung des ersten Bevollmächtigten Daffler. Ferner bringen wir zur Kenntnis, daß wir solange die Beiträge sperren werden, bis Herr

Dahler: aus Waldenburg verschwunden ist. Sollte uns hier nicht Rechnung getragen werden? Ich lehne mir jede Verantwortung an und die Schuld trifft nicht uns Metallarbeiter, sondern den Hauptvorstand selbst."

Wie groß muß wohl das Stündenregister dieses Dahler sein, daß sich die doch sonst so nachlässige Arbeiterschaft zu einem solchen Schritt gezwungen sieht, so dachte ich, als mit dieser Resolution bekannt wurde. Da sollte mich der Zufall noch am selben Tage mit jenem Dahler zusammenführen.

Mit mehreren Freunden sah ich in einem Lokal von Altwafer und wartete auf den Abgang des Juges, welcher mich wieder von Waldenburg forbringen sollte. Da plötzlich erschallen aus dem Nebenzimmer — erschreckt nicht, lieber Leser, die furchtbaren Worte: "Wenn der mit in die Hände fällt, der ist erledigt. Ich habe einen Waffenschein, ich kann einen Revolver tragen. Ich habe es dem Polizeikommissar Wiesner in Waldenburg gesagt, daß der erledigt ist, wenn ich ihn treffe."

Sonnetwetter, dachten wir, das muß ja ein ganz "schrecklicher" Kerl sein, der sogar dem Polizeikommissar sagt, wenn er einen Menschen erledigen will. Wir hatten indeß nicht lange Zeit zum Staunen, denn schon gings wieder los. Und nun wurde Politik getrieben. Kommunisten wurden getroffen mit Haut und Haar, bildlich sogar machte der Schwabroner seinen entzündeten Zuhörern, wie er selbst sagte, die Sache vor. Das Nationalvermögen mußte herhalten, das früher so groß und nun, ach, so klein, so klein geworden ist. Wir fühlten ordentlich, wie dem Erzähler die Wehmutzähren über die Backen rollten. Und das wollen die Kommunisten ändern, ausgeschloffen, ganz ausgeschlossen. Das sind solche Phrasenhelden. Seht doch einmal die sächsische Regierung, da sitzen die Kommunisten drin und von draußen schimpfen sie drauf. So pläfferte es lustig weiter.

Wir mußten leider gehen, wir hätten gern noch zugehört. Aber erst wollten wir das Ultimatum kennen lernen, das so gut Kommunisten freileben konnte und so furchtbar gut in der Politik "Bescheid mußte" und noch nebenbei sich mit Mordgedanken trug.

Wir gingen also in die Nebenstube und sahen und saugten, denn der Erzähler war Herr Dahler, derselbe Herr Dahler, mit welchem sich die obenstehende Resolution befaßt.

Das Gesicht dieses Herrn Dahler hätte ich, Herr, werter Leser, sehen sollen, als ich ihm sagte: "Herr Dahler, jetzt, nachdem ich Ihnen die halbe Stunde zugehört habe, kann ich erst verstehen, warum Ihre Kollegen Sie abgefragt haben." Dieses Gesicht, o es war ein Schauspiel für Götter.

Und wir armen, unbekanntem Todeshandlanten, der Du von Dahler erledigt werden sollst, wie ich zu: Erhöhe dich, wenn Du auf keine andere Art stirbst, Dahler, der das so fest versprochen hat, wird dich sicher nicht erledigen und Du wirst wie der ewige Jude nie zur Ruhe kommen.

Solidarität mit dem Streik der Bergarbeiter

Die Betriebsräte und Funktionäre des Verbandes der Maschinen- und Setzer hielten am 13. Juni im Gewerkschaftshaus Zaborze eine Konferenz ab.

Kollege Kullik eröffnete um 4 1/2 Uhr die Konferenz und erstellte dem Bezirksleiter, Koll. Palschela, das Wort. Koll. Palschela gab dann einen Bericht über die Verhandlungen und beleuchtete darin die jetzige Situation. In der darauf erfolgten Diskussion, an der sich 5 Kollegen beteiligten, wurde scharfe Kritik an dem Verhalten des Bezirksleiters der Bauarbeiter, Julius Franz, geübt, und von den Gewerkschaften verlangt, daß dieselben den Streik anerkennen und die Rettung des Streiks übernehmen sollen. Weiterhin wurde verlangt und gefordert, da die jetzt gegebene Forderung weit überholt ist, sofort in neue Verhandlungen zu treten. Folgende Resolution wurde einstimmig angenommen:

Resolution.

Die Bezirkskonferenz der Setzer und Maschinenisten, tagend am 13. Juni im Gewerkschaftshaus Zaborze, erklärt sich mit dem Streik der oberschlesischen Arbeiterschaft solidarisch und erkennt ihn als einen Hungerstreik an, entstanden durch die grenzenlose Ausbeutung durch die Unternehmer.

Es wird von sämtlichen Gewerkschaftsführern, besonders der freigewerkschaftlichen, gefordert ihre arbeiterschädliche Haltung aufzugeben und den berechtigten Kampf, wie er selbst von weiten Kreisen der Bürgerschaft bezeichnet wird, aufzunehmen und mit allen Mitteln zu unterstützen.

Die Bauarbeiter Waldenburgs solidarisch mit den Streikenden

Vom Vorstände des Bauarbeiterverbandes Bezirk Waldenburg erhielt die Zentralleitung der niederschlesischen Bauarbeiter folgende Zuschrift:

Werte Kollegen!

Mit Entrüstung nehmen wir Kenntnis von dem herausgegebenen Flugblatt, wozu der Bauarbeiterverband seine Unterschrift gegeben hat. Die Unterschrift ist erfolgt ohne Kenntnis des Gesamtverbandes. Wir würden für ein derartiges Flugblatt niemals unsere Zustimmung geben.

Hoch die Solidarität!

Mit diesem Schreiben haben die Bauarbeiter Waldenburgs klar und deutlich ihre Stellung aufgezeigt und damit behauptet, daß sie voll und ganz hinter den Forderungen der Bergarbeiter stehen. Es ist also wieder einmal nach der bewährten Methode, daß die Mitglieder im Verband nichts zu sagen haben, sondern der Bonze bestimmt, gehandelt wird. Ohne Befragung des Vorstandes wird kurzerhand die Unterschrift des Verbandes von diesen Leuten mißbraucht.

Eine Monatsversammlung des DMB.

Am 10. Juni in Königsfeld stattf. Der angelegte Referent war nicht erschienen. Diese Versammlung konnte wieder einmal einen merkwürdigen Kumpel die Augen öffnen. Man konnte so recht beobachten, wie sich angälischen Gesichts einige SPD-Kollegen bei kommenden Dingen entgegen blickten. Die Versammlung

war verhältnismäßig stark besucht, da die bestalligte Jungerevanille einen jeden Kollegen zur wirtschaftlichen Lohnforderung in die Versammlung trieb. Am vorgegangenen Tage war in der Betriebsversammlung eine Solidaritätserklärung mit den streikenden Kollegen in Oberschlesien mit einer Stimmenthaltung angenommen worden. Die verhältnismäßig scharfe Versammlung wurde, hervorgerufen durch scharfe persönliche Auseinandersetzungen in der SPD-Fraktion, schließlich aufgelöst, ohne daß die Lohnfrage geregelt war.

Betriebsräte-Vollversammlung in Jauer

Die am 12. Juni im grünen Adler tagende Betriebsräte-Vollversammlung nahm zu dem Landarbeiterstreik Stellung. Nach einem kurzen Situationsbericht des hiesigen Kartellvorsitzenden, meldeten sich einige Landarbeiter zum Worte.

Kampfesmut und ein Wille klang aus den Ausführungen der Landarbeiter heraus. "Wir müssen durchhalten und den Kampf zu einem siegreichen Ende führen."

Die Industriearbeiter und Betriebsräte erkannten, daß dieser Kampf der Landarbeiter ihr Kampf, ihr Sieg auch unser Sieg ist, deshalb sagten sie ihnen ihre volle Unterstützung zu. Es wurde beschlossen: Sofort in allen Betriebsversammlungen zu veranlassen und mindestens einen Stundenlohn zu opfern.

Im weiteren Verlaufe fielen scharfe Worte gegen die jetzige Regierung, die es duldet, daß ein Landarbeiterstreik von so langer Dauer und so minimalen Forderungen noch weiter geführt werden muß.

Ebenso scharf ging man mit den wirklichen Schädlingen des Volkswohls ins Gericht, die noch (in unserem Kreise) Getreide von 2 Jahren her unausgedroschen in ihren Scheunen aufgeschapelt und Unmengen ausgedroschenes auf ihren Schüttdäcken verkommen lassen. Es ging ein Antrag ein, der zu der Notlage der Industriearbeiter Stellung nimmt. Er besagt:

"Die heute zu Jauer im grünen Adler tagende Betriebsräte-Vollversammlung fordert vom DMB nach Kenntnisnahme der furchtbaren Notlage des Land- und Industrieproletariats, in Verbindung mit dem hiesigen Ortskartell, eine einmalige Wirtschaftshilfe von 200 000 Mk. für Verarbeitete mit Kindern, 150 000 Mk. für Frauen und Witwen, 120 000 Mk. für ledige von 18 bis 24 Jahren, 100 000 Mk. für ledige unter 18 Jahren und eine sofortige Lohnerhöhung von 100 Prozent. Dieser Antrag wurde auf die Tagesordnung der nächsten Vollversammlung am Montag, den 18. dieses Monats verwiesen. Mit einem Hoch auf die freien Gewerkschaften schloß die bewegte Versammlung."

Die SPD-Presse wieder einmal entlarvt

Die Inzafien des freien Gewerkschaftshauses in Waldenburg in Schlefien können es sich leisten, während eines Vorbeimarsches streikender Arbeiterbataillone einen Doppelstoßen Circus mit Karabiner vor ihr Portal zu stellen. Welche Ehre! Sie können sich noch weiter leisten, im privatkapitalistischen Auto mit verhängten Erkennungsnummern Sonntags durch die Ortschaften zu fahren, um den Streikenden ihre geistige Kost aufzuerlegen zur Arbeit, zu spendieren. Diesmal hat es wohl die Polizei in Waldenburg und anderen Ortschaften erlaubt,

wie die "Führer" Streikbrecher suchten. Das "Parteiblatt" dieser Gewerkschaftsführer behält auch ihn und wieder mal an einer Köder an, der ihm vom Kapital vor die Füße geworfen wird.

So auch in der Nr. 133 der "Schlef. Bergwacht" vom 13. Juni 1923 unter der Überschrift: "Waschechte Klassenkämpfer". Diesmal versuchte man, den Betriebsratsvorsitzenden Hannig der Fürstensteiner Gruben ungeschicklich, moralisch tot zu machen. Das angeblich gemelne Doppelspiel des Hannig sieht folgendermaßen aus:

Hannig soll der Direktion erklärt haben, daß die Forderungen der Belegschaften auf eine Beschäftigungsbeihilfe fallen gelassen werden seien und daß der Zustand nur deshalb sei, um einen Druck auf die Lohnverhandlungen in Berlin auszuüben. Folgende Berichtigung ging nun der "Schlef. Bergwacht" zu, die sie jedoch bis heute noch nicht gebracht hat:

An die Redaktion der "Schlef. Bergwacht". Dem unter der Überschrift "Waschechte Klassenkämpfer" erschienenen Artikel in der "Schlef. Bergwacht" in Nr. 135, vom 13. 6. 23, ließ sich Unterzeichneter veranlaßt, folgende Richtigstellung entgegenzustellen:

Ich hatte am 13. 6. 23, nachmittags (Zeug Betriebsrat Alfred Köhler in Ritterbach, Hauptstraße 51) mit der Direktion Rücksprache wegen der Beschuldigung, der Direktion der Fürstensteiner Gruben erklärt zu haben, die Beschäftigungsbeihilfe, die Forderungen der Belegschaften sei fallen gelassen worden. Herr Bergwerksdirektor Benig gab zu, daß von einer fallen gelassenen Forderung der Belegschaften in der Unterredung am 11. 6. 23 nicht die Rede gewesen sei. Er bestätigte, daß ich in der Unterredung am 11. 6. 23 zum Ausdruck gebracht habe, daß die Forderungen und der Streik in Berlin auf die Lohnverhandlungen in Berlin für uns günstig einwirken werden.

Dieses den Kameraden und der Öffentlichkeit zur Kenntnis.

Hannig, Betriebsrats-Vorsitzender der Fürstensteiner Gruben.

Daraus sieht man wieder einmal so recht wie schmächtig doch das Verhalten der SPD-Presse ist. Erst verleumdet sie, ohne die Schuld eines Beweises, einen Betriebsvertrauensmann und dann hat sie noch nicht einmal den Mut eine sachliche Richtigstellung aufzunehmen.

Zariffürderer bei Galhaus

Wie uns mitgeteilt wird, sind in letzter Zeit in der Galhaus-Zigarettenfabrik einige männliche Kräfte für Gelegenheitsarbeit unter Tarif beschäftigt worden. Den Leuten wurde trotz Vereinbarung von 1800 Mark ein Stundenlohn von nur 1600 Mark gezahlt. Der reguläre tarifliche Stundenlohn beträgt seit dem 4. Juni 2500 Mark.

Der Betriebsleiter Senft habe das Arbeitsamt am Sonnenplatz telefonisch angefragt, welcher Lohn diesen Arbeitkräften zustehen. Das Arbeitsamt habe geantwortet: 1500 Mark die Stunde.

Es ist notwendig, daß das Arbeitsamt von den Gewerkschaften darüber informiert wird, wie z. B. die tarifliche Höhe, denn auch das Arbeitsamt ist doch ein Bestandteil jener arbeitgemeinschaftlichen Politik.

Ein sozialer Roman von Jac. London.

Ein sozialer Roman von Jac. London. 601

Ich wäre zermalmt worden, wenn nicht Garthwaite gewesen wäre. Wie es war, schien es ungeschicklich, daß ich ein solches Gewicht tragen konnte und am Leben bleibe. Und doch war außer dem Schmerz das einzige Gefühl, das ich hatte, das der Reagierende. Wie würde es zu Ende gehen? Dem mag der Tod ähnlich sein? So erhielt ich meine rote Karte in dem Schachthaus von Chicago. Früher war der Tod für mich eine Ehre; aber seitdem er eine einfache Tatsache gewesen ist, ist er so leicht.

Die Soldaten waren nicht mit dem zufrieden, was sie getan hatten. Sie kamen in den Eingang, waren die Bemerkungen und suchten nach den Untergrundkämpfern, die sich gleich mit ihm schloß. Ich erinnere mich an einen Mann, den sie aus einem Haufen herausgezogen und der sich so lange verweigerte, daß er schließlich ein Revolvergeschloß ihm wiederredete. Eine Frau war da, die unter Verhöhnungen hoch hinaus schaffte, gab sie ab, ehe sie getötet wurde, was sie für Schanden anrichtete, konnten wir nicht erfahren, denn wir konnten dieser Szene nur nach dem Schall folgen. Gesen wie diese traten häufig ein, und jede gipfelte in dem Revolvergeschloß, der ihr ein Ende machte. In den Zwischengängen hörten wir die Soldaten sprechen und lachen, als sie von ihren Offizieren zur Eile angetrieben, die Reihen durchschritten.

Schließlich kamen sie mit ihrer Arbeit auch in unsere Lage und wir fühlten, wie der Druck gegen uns nachließ, als sie die roten und Bemerkungen wegogen. Garthwaite gab die Zeichen. Jetzt wurde er nicht gehört. Dann erhob er seine Stimme.

"Halt! Halt!" hörten wir einen Soldaten sagen. Und dann die scharfe Stimme eines Offiziers: "Halt! Halt!"

Oh, jetzt erhebe ich meine Stimme, als wir herausgezogen wurden! Garthwaite war

erst zu sprechen, aber er mußte sich einer kurzen Prüfung zum Beweis seines Danks bei der Eifernden erste unterziehen.

"Agents provocateurs, in Ordnung" entschied der Offizier. Es war ein harter junger Mann, offenbar ein jüngerer Sohn einer großen Oligarchenfamilie.

Der Dreck hole das Gefäß! brummte Garthwaite. "Ich werde es aufgeben und in die Armee eintreten. Ihr Konte halt Schneid."

Sie haben es verdient, antwortete der junge Offizier. "Ich habe einigen Einfluß, und ich werde sehen, ob es sich machen läßt. Ich kann den Herren sagen, wie ich Sie gefunden habe."

Er notierte sich den Namen und die Nummer Garthwaite's, dann wandte er sich an mich. "Und Sie?"

"Ich werde mich verheiraten" erwiderte ich leiser, "und dann bin ich aus allem heraus."

Und so sprachen wir, indeßen das Wort der Bemerkungen leise Fortgang nahm. Jetzt, wenn ich zurückdenke, ist mir alles wie ein Traum aber damals war es das Kolossalste von der Welt. Garthwaite und der junge Offizier begannen ein angeregtes Gespräch über den Unterschied zwischen der logischen modernen Kriegführung und dem gewöhnlichen Straßen- und Balkentanzkampf, der über der ganzen Stadt in Gang war. Ich folgte ihnen gespannt, wobei ich gleichzeitig mein Haar ordnete und meine zerrissenen Kleider putzte. Und während der ganzen Zeit hielt das Abgeschlachten der Bemerkungen an. Letztes überhörten die Revolvergeschloße die Stimmen Garthwaite's und des jungen Offiziers, jedoch sie ihre Worte wiederholen mußten.

Ich durchlebte drei Tage der Chicagoer Revolution, und von der Ausdehnung derselben und dem Verzei kam man sich eine Vorstellung machen, wenn ich sage, daß ich während dieser ganzen Zeit tatsächlich nichts als das Abschlagen des Bolkes aus dem Abgrund und den Luftschiffen zwischen den Weltenträumen gesehen habe. Von der heldenhaften Arbeit anderer Genossen sah ich wirklich nichts. Ich hörte die Explosionen ihrer Waffen und Bomben und sah den Rauch der Schüsse, das war alles. Zumeist den Ballenangriff unserer Genossen

auf die Befestigungen. Es war am zweiten Tag. Die drei meistenten Regimenter waren in den Festungen bis auf den letzten Mann vernichtet worden. Die Festungen waren überfallen von Soldaten, der Ballon hatte die rechte Richtung, und unsere Ballons stiegen von einem der höchsten Amtgebäude auf.

Nachdem Niedenbach Olsen fliehen verlassen hatte, war ihm die Erfindung eines außerordentlich wirksamen Explosionsstoffes geglückt, er nannte ihn "Expedit". Er wurde als Waffe für die Ballons benutzt. Es waren nur Klump und eilig hergestellte Heißluft-Ballons, aber sie taten ihre Schuldigkeit. Ich sah sie alle vom Dach eines Amtgebäudes. Der erste Ballon verschleifte die Festungen ganz und gar und verließ sich auf das Land hinein; aber wir erfuhren später Nachrich von ihm. Burton und O'Sullivan waren darin. Beim Niedergehen trieben sie quer über eine Bahnhofsstraße und gerade über einen Truppenauspostung, der in voller Fahrt nach Chicago unterwegs war. Sie warfen ihren ganzen "Expedit" auf die Lokomotive, und infolge des angerichteten Schadens war die Straße auf Tage hinaus gesperrt. Und, was das Schöne dabei war, der Ballon, um sein Gewicht an "Expedit" erleichtert, schoß in die Luft und landete erst in einer Entfernung von sechs Meilen, und die beiden heldenhaften Insassen kamen heil davon.

Der zweite Ballon versagte. Sein Flug war langsam, und er wurde durchschleudert, bevor er die Festungswälle erreichen konnte. Herford und Oatman befanden sich darin, und sie wurden zugleich mit dem Feld, in das sie fielen, in Stücke zerfallen. Niedenbach war in Bergwacht — wir hörten alles näher — und stieg mit dem dritten Ballon allein auf. Er flog auch langsam, hatte aber Glück, denn es gelang den Soldaten nicht, seinen Ballon zu treffen. Ich sehe es noch deutlich wie damals, wie der aufgelaufene Gas durch die Luft trieb und das wichtige Stückchen Mensch unten daran hing. Ich konnte die Festung nicht sehen, aber die anderen die mit auf dem Dach standen, sagten mir, daß der Ballon gerade darüber schwebte. Das Herunterfallen des abgeschüttelten "Expedit's" konnte ich nicht sehen, aber ich sah,

wie der Ballon plötzlich hochschoss. Kurz darauf stieg eine große Explosionsäule in die Höhe, und dann hörte ich das Brüllen derselben. Niedenbach hatte eine Festung zerstört. Dann gingen zwei Ballons zu gleicher Zeit hoch. Durch das Explodieren des "Expedit's" wurde der eine in Stücke zerrissen, und die Erschütterung zerstörte den zweiten Ballon, der aber schon in das übriggebliebene Festungswerk fiel. Es hätte nicht besser erdacht werden können; allerdings mußten die beiden Genossen ihr Leben einbüßen.

Aber kehren wir zum Volk des Abgrundes zurück! Meine Erfahrungen mit ihm waren begrenzt. Sie wüteten und mordeten und vernichteten alles in der eigentlichen Stadt und wurden ihrerseits vernichtet; aber kein einziges Mal gelang es ihnen, die Stadt der Oligarchen durch an der Westseite zu erreichen. Die Oligarchen hatten sich gut geschützt. Das auch für Ansehn im Herzen der Stadt ausgerichtet wurde, sie und ihre Kinder blieben ohne Schaden. Es wurde mir gesagt, daß während jener entsetzlichen Tage ihre Kinder in den Parks spielten, und daß sie am liebsten im Spiel das Stampfen ihrer Eltern auf dem Proletariat nachahmten.

Den Soldaten fiel es nicht leicht, mit dem Volk des Abgrundes abzurechnen und zu gleicher Zeit mit den Oligarchen zu kämpfen. Chicago blieb seiner Ueberlieferung treu, und wenn auch eine Generation von Revolutionären ausgehört wurde, so kostete es den Wegner nahezu hundert Opfer. Die Eiserne Feste verlässliche natürlich keine Feste, aber nach einer sehr vorsichtigen Schätzung wurden mindestens hunderttausend dreifüßige Soldaten erschlagen. Aber die Genossen hatten keinen Vorteil. Anstatt daß das ganze Land mit den Revolutionären Hand in Hand gegangen wäre, blieben diese alle, und die ganze Macht der Oligarchie konnte, wenn es notwendig wurde, gegen sie gerichtet werden. Wie es auch in der Tat geschah, ständig täglich wurden in endlosen Truppentransporten Hunderttausende von Soldaten nach Chicago geworfen.

(Fortsetzung folgt.)

Proletarischer Kurszettel

Der tauschliche Plan unserer „Proletzen“ ist ge- glückt. Der Wert der Papiermark ist unter den Materialpreisen gesunken, d. h. ein Sach mit 1 Mt. und 2 Mt. Scheinen wird vom Althändler höher bewertet, als die Geldsumme, welche auf jedem Schein vermerkt ist.

Gemeinsam mit der Entwertung der Mark geht die Entwertung der Arbeit. Wir schreiben vor kurzen, daß die Industrie beabsichtige, die Lohn- quote, das ist der Anteil des Lohnes an Fertig- produkt, auf 10 Proz. zu drücken. (1918 betrug die durchschnittliche Lohnquote in Deutschland 52,4 Proz.) Nun, die Industrie hat es dank der tätigen Mitarbeit der arbeitgemeinschaftlichen Gewerk- schaftsführer, fertiggebracht, den Lohnanteil auf 7 bis 8 Proz. zu drücken.

Table with 5 columns: Ware, Menge, Preis am 15. Juni 1923, Preis im Mai 1918. Lists various goods like flour, sugar, and their price fluctuations.

Arbeiter! Vor dem Kriege verdientest Du 7 Dollar in der Woche. Heute mußt Du 7 Tage arbeiten, um 1 Dollar zu verdienen!

Selbentaten der Polizei

Am Mittwoch, den 13. Juni, abends zwischen 1/4 und 3/10 Uhr, zogen circa 20 Jugend- genossen der KJ. mit dem Gesang der Arbeiter- marschlied durch die Nikolaworstadt. An der Ecke Friedrich-Karl- und Menstraße eilten plötzlich drei Beamte der Schutzpolizei an die Spitze des Zuges und forderten, das Singen einzustellen. Auf die Entgegnung, daß es noch nicht 10 Uhr sei, also der Gesang auf öffent- licher Straße nicht verboten sei, wollten die Beamten einige der Jugendlichen herausgreifen. Sie sprangen dem Gesangenen Hoffmann an die Brust, zerrissen ihm dabei die Jacke und wollten ihn nach der Wache schleifen. Einer der Jugendgenossen sagte laut, denn wir sind „Deutschland, Deutschland über alles“ ge- hangen hätten, dann würde man uns nicht belästigt haben. Einer der Beamten entgegnete darauf: „Jawohl, das ist auch unsere National- hymne.“ Mit der Zeit hatte sich nun eine große Menschenmasse angesammelt, und die Störung über das unförmliche Auftreten der Beamten wuchs immer mehr. Eine unserer Parteigenossinnen, die sich nur in ruhiger Art und Weise über die Angelegenheit des Singens mit den Beamten unterhalten wollte, wurde von einem der hochwohlwollenden Poli- zisten zweimal in die Brust gestoßen und einmal dorthin auf den Arm geschlagen, daß derselbe schlief herabfiel und sie fürchter- liche Schmerzen davontrug. Am Polizeirevier Nr. 28, Leutchenstraße, angelangt, wurden elf Jugendgenossen und zwei Genossinnen zur Fest- stellung ihrer Personalien mitgenommen. Inter- essant war dabei, daß bei der Feststellung der Personalien von Lehringen immer noch dem Namen und Wohnort des Lehrmeisters ge- forschert wurde. Wahrscheinlich will man die Beurlager bei ihrem Lehrern anschwärzen. Es wäre interessant, wenn der Herr Polizei- präsident, der noch vor einigen Tagen seine „Randbemerkungen“ schrieb, uns sagen würde, ob die betreffenden Beamten besondere In- struktion hatten, einen Feldzug gegen die Kom- munistische Jugend zu veranstalten. Oder han- delten die Beamten aus eigener Initiative?

Auch wäre es wünschenswert, darüber Aufklä- rung zu geben, bis zu welcher Stunde es der Arbeiterschaft erlaubt ist, auf der Straße zu singen, und bis wann den schäfstischen Or- ganisationen diese Erlaubnis erteilt ist? Und eine weitere Frage. Besteht eine Verordnung, die proletarische Lieber unter Ausnahme stellt, den schäfstischen Wandergesängen aber beson- dere Schutz angeben läßt? Wenn nicht, so wäre dringend Aufklärung nötig, warum man am Sonntag, den 3. Juni, dem sogenannten überhörschen Selbstzug gestattete, unter dem Gesang von nicht republikanischen Liedern durch die Stadt zu ziehen, während auf die

Proletarierjugend eine Polizeilatte gestrichelt wurde.

Wir halten eine Aufklärung hierüber für dringend geboten. Schon im Interesse der Polizei selbst, die sonst leicht in den Verdacht kommen könnte, ein Werkzeug faschistischer Elemente zu sein.

Die alte Fahne

Die „Volkswacht“ gibt in ihrer Freitag- nummer in Fettdruck bekannt, daß Paul Böbe am 21. Juni im Gewerkschaftshaus eine Ver- sammlung halten wird und zwar zu Ehren einer alten Parteifahne, welche am 21. Juni 1873 eingeweiht worden ist.

Die alte Fahne könnte gewiß viel erzählen von Sozialisten, die noch soziale Klassen- kämpfer waren und von sozialistischen Füh- rern, die an der Spitze der Massen den Kampf führten gegen den Kapitalismus. Von Führern, die während des Sozialistenge- leges die Fahne des Klassenkampfes hochhielten und nicht schwanken und wankten.

Da gab es noch keinen Verräter am Prole- tariat, keine reformistischen „Führer“, die den Papst und denTURNER Jahne anbeteten und nur darauf bedacht waren, ihre fetten Pösten zu behaupten.

Ja, die alte Fahne — — — wieder könnte sie erzählen.

— — — Aber nicht die alte Fahne wird reden, sondern der Reichstagspräsident Böbe.

Die alte Fahne aber wird stumm bleiben. Sie muß stumm bleiben; denn würde sie reden, sie müßte sich aufhäumen und den Massen gellend in die Ohren schreien:

„Seht, das Banner steht, wenn der Träger auch fiel. Das Banner des Klassenkampfes, dort weht es und flücht voran im Kampf, dort im Lager der KPD!!!“

Aber die Fahne wird schweigen. Herr Böbe redet!

Ausflug der Ortsgruppe nach Robertwitz

Allen Genossen zur Kenntnis. In der letzten Ortsleitungsitzung wurde beschlossen der Ausflug nach Robertwitz am 24. 6. 23 statt, also nicht wie angelegt war am 1. 7. 23. Die Verlegung des Ausfluges erfolgte wegen Stattfinden der Inter- nationalen Kindergruppenwoche. Die Abfahrt erfolgt 6⁰⁰ Uhr von Breslau Hauptbahnhof die Rad- fahrer treffen sich um 8⁰⁰ Uhr am Ring. Die Ge- nossen, die mitfahren, haben dies bis 18. 6. 23 dem Distriktsführer zu melden. Der Kreis hat dies mitzuteilen dem Kreisleiter.

Städtewettkampf Breslau-Radeberg

Der Kraft-Sport-Berein „Eichenlaub 1910“, Mitglied des Arb.-Athlet.-Bundes Deutschland und Bezirksmeister im Ringen von 1922 und 1923 hatte Sonntag, den 10. Juni im „Berg- keller“ eine Radeberger Mannschaft zu Gast. Da zum ersten Male Sachen hier weissen, so brachte man den Gästen lebhaftes Interesse entgegen. Die Mannschaft ist eine der besten des Sachsenlandes im Ringen und Gewichthe- ben. Körperlich stellen sie eine gute Klasse dar und machten durch ihre ruhige, einwand- freie Ringweise einen guten Eindruck.

Nach dem ersten Gange war Radeberg im Vorteil bei 3 Siegen, 2 Unentschieden und 1 Niederlage. Im zweiten Gange ging Eichen- laub mehr aus sich heraus und kämpfte auch vorsichtiger, so daß am Schluß der Kampf 6:6 unentschieden endete.

Im Gewichtesben war Radeberg mit 286 gegen 270 1/2 Punkte siegreich. Es wurde ein Dreikampf ausgetragen, beständig reifen, best- armig stoßen und zweiarstig stoßen. Da ein- armig stoßen in unserem Kreise wenig zur Geltung kommt, war Eichenlaub in dieser Übung im Nachteil, erzielte aber trotzdem noch obiges Resultat.

Aus der Provinz

Proletarierhöhlen — Wohnungsnot — Wer wohnt in den Bienen?

Wie die „Schlesische Bergwacht“ aus Fell- hammer berichtet, ist dort am Mittwoch morgen ein Handeinsturz erfolgt, der in aller Deut- lichkeit wieder einmal zeigt, wie wenig die bürgerlichen Behörden tun, um Leben und Gesundheit der Arbeiterschaft zu schützen. In dem Bericht heißt es: „Die Bewohner des Wiedermannschen Grund- stücks in Border-Fellhammer hatten längst schon die Gefahr erkannt, in der sie schwebten. Wiederholt ist dieses Grundstück bereits von der Baukommission beichtigt worden. Bereits im vorigen Jahre hatte die Baukommission be- antragt, Schritte zu unternehmen, um den vollständigen Befall des Hauses zu verhindern, denn bereits hatte man schon erkannt, daß sich die Bewohner dieses Grundstücks in ständi- ger Lebensgefahr befinden.“

die Baukommission und Herrn Baumeister Sten- zel, Gottesberg, erfolgen. Aber auf dem Wege dorthin wurde die Baukommission von der Nachricht erzeit, daß das Haus bereits zu- sammengebrochen sei. Die ganze Hinterfront war zusammengestürzt und hatte im Einstürzen die hinteren und auch die vorderen Wohnungen des südlichen Oberles mit sich in die Tiefe gerissen, alles unter sich begrabend. Die Feuer- wehr war alarmiert worden. Da der Einsturz eine ungeheure Staubwolke zur Entwicklung brachte, wurde zunächst angenommen, daß es sich um einen Brand handle. Die Feuerwehr und andere hilfsbereite Menschen suchten zu retten, was zu retten war. Der Grubenarbei- ter Schubert, ein junger Mann, der auf dem Boden geschlafen hatte fiel mit dem Bett, Schränken und sonstigen Gegenständen, die sich in der Dachlampe befanden, durch sämtliche Stockwerke hindurch bis in den Keller. Die Feuerwehr arbeitete ihn unter den Trümmern hervor, und Herr Dr. Winkler, der zur Un- glücksstelle geeilt war, stellte fest, daß Sch. schwere innere Verletzungen erlitten hatte. Sime- alte Frau namens Mauer erlitt einen Ober- schenkelbruch. Die Verletzten wurden durch die Sanitätskolonne, nachdem ihnen Herr Dr. Winkler die erste Hilfe geleistet hatte, hinweg- geschafft. Ein Glück war es, daß die Kinder bereits zur Schule gegangen waren, sonst wäre das Unglück noch größer geworden. Ein zwei- jähriges Kind mußte jedoch durch die Feuer- wehr mittels der Steigeleiter mitamt der Wiege, in der es lag, aus dem stehengeblie- benen Teil einer Wohnung im obersten Stock- werk heruntergeholt werden.

Zwölf Familien sind durch das Unglück obdachlos geworden. Sie wurden durch die Wohnungskommission in anderen Wohnungen, die zum Teil beschlagnahmt werden mußten, vorläufig untergebracht. Es entlehnt nun die Frage: „Wer trägt die Schuld an dem Un- glück?“ Die Untersuchung dürfte auch ergeben, was all die Beschuldigungen, die bisher statt- gefunden haben, für ein Ergebnis gesetzt haben und ob und welche Vorsichtsmaßregeln getroffen wurden, um ein Unglück zu ver- hüten. Es gibt in Fellhammer noch mehrere solche Häuser, die dem Einsturz nahe sind. Ange- sichts dieser Tatsache dürfte man wohl die Frage aufwerfen: Wird nun endlich einmal etwas getan werden, um für die Bewohner dieser Häuser, die sich ebenfalls in ständiger Lebens- gefahr befinden, eine menschenwürdige Wohn- ung zu beschaffen? Während Willenbesitzer und sonstigen Klein- und Großkapitalisten 5-, 6- und 8-Zimmerwohnungen zur Verfügung stehen, müssen die Arbeiterfamilien in elenden Kammern in ständiger Lebensgefahr wohnen.“

Und zum Schluß fordert die „Schlesische Bergwacht“, daß die — Wohnungsbauabgabe am Orte bleibt! Ob das den Einsturz der übrigen Häuser hindern wird, scheint uns zweifelhaft. Wenn trotz der Baukommission, die schon seit Jahr und Tag die Bauaufsicht derartiger Baracken nachgewiesen hat, bis heute von den Behörden noch nichts getan wurde, um die Proletarier in anderen Wohnungen unterzubringen, so ist das ein Beweis mehr dafür, daß die bürgerlichen Behörden außer- stande sind, die Kapitalisten zu zwingen, woh- nbaren Raum für die Proletarier abzugeben. Diejenigen, die aus dem Schweiß und Blut der Arbeiter Profite pressen, bewohnen unbehindert große Villen. Die Wohnungsnot kann noch so groß werden, keine bürgerliche Behörde wird die Obdachlosen in die überflüssigen Räume dieser Geldprozen legen. Die Arbeiter- schaft selbst muß sich Organe schaffen, die diesen Mordstand beseitigen. Hier muß ein proletari- scher Kontrollauschuss nach dem Rechten sehen und Abhilfe schaffen.

Freiburg Arbeiterporttage

Am Sonntag, den 3. Juni, feierten auch hier wie überall im Reich die Arbeiterportler ihren Arbeiterporttag. Die Anteilnahme der Ar- beiter war eine rege, trotzdem man es von seiten der bürgerlichen Vereine verstanden hatte, etwas entgegenzustellen. Der Radfahrklub „Fürstentum“ feierte sein Stiftungsfest. Zim- merlein war es aber bedauerlich, feststellen zu müssen, daß es immer noch Arbeiter gibt, die von diesen Vereinen nicht aufgenommen. Wir rufen diesen Arbeitern zu, macht doch endlich die Augen auf. Von Tag zu Tag verschlech- tert sich die Lebenslage des Proletariats. Auch ihr leidet darunter. Deshalb fordern wir von euch, mit uns gegen den gemeinsamen Feind zu ziehen. Dazu gehört es aber, daß man aus den Vereinen, die nur gegründet sind, um euch von den Aufgaben, die die heutige Zeit an euch stellt, abzulernen, zum Teil sogar sehr progressiv darin bekämpft. (siehe Mindererer Turnfest) austritt. Ein Arbeiter, der es ehr- lich mit sich selbst und seinen Klassengenossen meint, muß aus dieser Zwitfelfstellung heraus. Der vergangene Sonntag hat gezeigt, daß ihr euch nicht wohlfühl dabei. Teile von den Ar- beiterkollegen wagten weder rechts noch links zu setzen, oder standen ganz beiseite. Ganz anders bei den Arbeiterporttag. Stolz und aufrecht konnten sie einhergehen, stolz im Bewusstsein erfüllter Pflichten. Wenn auch der Zug etwas kleiner war, so waren es doch ausnahmslos aktive Klassenkämpfer. Ein Be- weis für das pulsierende Leben, welches durch- herrscht. Auch die Sondervorführungen und Wettkämpfe bewiesen, daß wir uns allen gleich- gültig lassen, auch hier, obwohl letztere nicht

Selbstweid für uns sind. Sondern wir er- streben einen goldenen Äpffel, da nur in einem solchen ein gesunder Geist herrscht. Jedes Eigenschaften, die das Proletariat mehr denn je braucht. Deshalb fordern wir von euch, kommt und helft uns. Macht das Lächeln oder per- freundschaftliche Handgedruck eines Menschen, vor dem ihr glaubt, er stünde gesellschaftlich über euch, sondern wolle die Wächterfüllung macht euch zu wahren Turnern und Sport- lern im Geiste Jahns und Fichte.

— Vorbereitung der Kommu- nistwahlen. Am Mittwoch fand eine sehr gut besuchte Mitgliederversammlung der hiesi- gen Ortsgruppe der KPD statt. Nachdem eini- ge persönliche Angelegenheiten erledigt waren, gab der Vorsitzende einen Überblick von der Tätigkeit der Ortsgruppe in Strehlau, den Ge- wisse Schwere ergab. Hierauf schloß sich eine sehr lebhaft Diskussion, welche besonders die Umorganisation der Partei und die Kom- munistwahlen betraf. Im ersten Falle be- standen Unklarheiten. Im Punkt Kommuni- stwahlen war man unzufrieden, daß die Partei bei einzelnen Ortsgruppen nicht mehr Ver- einigungsfähigkeit herin ließe. Nach rege Dis- kussion klärte sich die Situation und man war sich einstimmig klar darüber, daß die Ver- schüsse durchgeführt werden müssen. Als Organisatoren für die Wahl an-geworben für Frei- burg, die Genossen Croftsch und Kufche, für Wolsitz Kolbe, für Zielau Gen. Eng- ler bestimmt. Als Kassierer für die Wähler der Zentrale, Mt. Gewerkschaft Genoss. Rudie. Nach Regelung einiger kleinerer Angelegen- heiten war Schluß der Versammlung.

Waldenburg. Aus dem Jahresbe- richt der Mütterberatungsstelle geben wir nachfolgenden Auszug: Wie immer in Zeiten wirtschaftlicher Notlage hat auch im Berichtsjahr die Zahl der vorgestellten Kinder und die der Beratungen zugenommen. Der Grund hierfür waren zum Teil die durch die Milchverteuerung bedingten Schwierigkeiten in der Ernährung und Entwicklung der Säug- linge.

Obwohl die im Stadtteil Waldenburg ge- meldeten Geburten um 7,1 Prozent gegen- über denen im Vorjahre abgenommen haben und die Zahl der Hausheute aus früheren Gründen von 2452 im Vorjahre auf 1682 im Berichtsjahr zurückging, stieg die Gesamt- zahl der im Berichtsjahr vorgestellten Kinder um 10,2 Prozent, die Zahl der neu in Für- sorge tretenden Kinder um 19,7 Prozent, die Zahl der Beratungen um 16,7 Prozent gegen- über denen des Vorjahres. In den Zeiten der größten Seuerung September—März des Be- richtsjahres stieg die Zahl der Neuaufnahmen um 23,5 Prozent, die Zahl der Beratungen um 41,8 Prozent gegenüber dem Vorjahre. Ob- wohl man bei der Verteuerung der Säuglinge- milch eine Zunahme der Brustkinder unter den vorgestellten Säuglingen hätte erwarten können, ist eine solche Zunahme unter dem Material der Beratungsstelle nicht festzustellen gewesen.

Die Zahl der Todesfälle im Säuglingsalter ging im Stadtteil Waldenburg von 164 im Vorjahr auf 106 im Berichtsjahr (um 36,4 Prozent) zurück; dieser Rückgang dürfte auf eine durch den kühlen Sommer des Bericht- jahrs bedingte geringere Sommersterblichkeit zu- rückzuführen sein. Die Sterbefälle der in Fürsorge befindlichen Kinder ging von 43 im Vorjahre auf 25 im Berichtsjahr (um 41,8 Prozent) zurück, obwohl wir im letzten Jahre 70,3 Prozent der neugeborenen Kinder durch die Fürsorge erlassen konnten, gegenüber 51,2 Prozent im Vorjahre. Die in der Milchfrage abgegebenen Drittpositionen betragen im Be- richtsjahre 9839 gegenüber 8286 im Vorjahre. Ebenso günstig wie die Säuglingsfürsorge entwickelte sich im Berichtsjahre die Klein- kinderfürsorge; es stieg die Zahl der vorge- stellten Kinder um 55,5 Prozent, die Zahl der Neuaufnahmen um 29,6 Prozent, die Zahl der Beratungen um 86 Prozent gegenüber dem Vorjahre.

Aus unserem Stadtparla- ment

Das neue 1,6 Milliarden-Anleihe Ein- rüstung des Arbeiter-Jugend-Festens am Obleis- berge als Herberge für die wandernde Jugend. Auf der 31 Tagesordnungspunkten waren noch 4 Dringlichkeitsanträge eingebracht worden. Dem Antrag der Bürgerlichen Arbeitsgemeinschaft, zur Errichtung einer Baracke für kranken Kinder, konnte nicht zugestimmt werden, weil bereits in Weistheim ein Erholungsheim für denselben Zweck besteht. Der Magistrat wird mit Weistheim in Verhandlungen treten, damit unseren Kindern in den Waldheilstätten von Weistheim am Fuße des Hochpales Unter- künft gewährt wird. Das Jugendheim in Men- Waldenburg wird als Nothherberge für die wandernde Jugend eingerichtet. Damit ist unse- rer arbeitenden Jugend endlich ein langsehnter Wunsch erfüllt worden, denn jetzt mußte unsere Jugend noch angestrengten Tagesmühen bei Mutter Oben oder bei unseren Arbeiter- Quartieren suchen. Für eine dauernde Sicherung und Instandhaltung wird ebenfalls durch die Stadt Sorge getragen werden, damit es von verda- lichen Beschädigungen und Diebstählen be- wahrt bleibt. Es wird der Arbeiterschaft be- wußt sein, daß vor kurzer Zeit unser Jugend- heim von Geuten, die bis jetzt noch nicht fest- gestellt werden konnten, vollständig ausgeplün- dert wurde. An Stelle des Schiedsmann Rudolph Ober-Altmayer, der sein Amt wegen Krankheit niedergelegt hat, ist der Fachbauer Anton Baum, Gärtnereisnummer 12, bestatigt worden. Als Kassier in das Mietverhältnis- amt wurden die Herren Jung, Jäger und Wierschowsch gewählt. Ein Antrag auf Er- höhung des Stammkapitals der Stadt bei der Bauhütte wurde

